

Deutscher Bundestag

Stenographischer Bericht

226. Sitzung

Bonn, Donnerstag, den 20. September 1990

Inhalt:

Glückwünsche zum Geburtstag der Abg.
Dr. Sprung und Grünbeck 17801 A

Erweiterung der Tagesordnung 17801 A

Absetzung des Punktes 5 e von der Tages-
ordnung 17801 D

Bekanntgabe des Ergebnisses der Abstim-
mung der Volkskammer über den Vertrag
zwischen der Deutschen Demokratischen
Republik und der Bundesrepublik Deutsch-
land über die Herstellung der Einheit
Deutschlands 17872 C

Tagesordnungspunkt 3:

a) **Abgabe einer Erklärung der Bundesre-
gierung**

Vertrag über die abschließende Regelung
in bezug auf Deutschland

b) **Zweite und dritte Beratung des Entwurfs
eines Gesetzes zu dem Vertrag vom
31. August 1990 zwischen der Bundesre-
publik Deutschland und der Deutschen
Demokratischen Republik über die Her-
stellung der Einheit Deutschlands — Ei-
nigungsvertragsgesetz — (Drucksachen
11/7760, 11/7817, 11/7831, 11/7841,
11/7920, 11/7931, 11/7932)**

c) **Beschlußempfehlung und Bericht des
Ausschusses Deutsche Einheit**

zu dem Entschließungsantrag der Frak-
tion der SPD

**zur vereinbarten Aussprache zur Vorbe-
reitung der deutschen Einheit**

zu dem Entschließungsantrag der Frak-
tion der SPD

**zur Regierungserklärung zur Beitrittser-
klärung der Volkskammer der Deut-**

**schen Demokratischen Republik und zur
Aussprache zur Vorbereitung der deut-
schen Einheit**

zu dem Entschließungsantrag der Abge-
ordneten Frau Nickels, Frau Beck-Ober-
dorf, Frau Hillerich, Frau Oesterle-
Schwerin, Frau Rust und der Fraktion DIE
GRÜNEN

**zur Abgabe einer Erklärung der Bundes-
regierung zur Beitrittserklärung der
Volkskammer der Deutschen Demokra-
tischen Republik**

zu dem Antrag der Abgeordneten Frau
Garbe, Häfner, Hüser, Frau Kottwitz,
Stratmann-Mertens, Frau Dr. Vollmer
und der Fraktion DIE GRÜNEN: **Dem-
okratische, soziale und ökologische Eck-
punkte zum Einigungsvertrag**

zu dem Antrag der Abgeordneten Strat-
mann-Mertens, Frau Vennegerts und der
Fraktion DIE GRÜNEN: **Verabschiedung
des Dritten Nachtragshaushaltsgesetzes
und Verabschiedung des ersten gesamt-
deutschen Haushaltsgesetzes vor den
Bundestagswahlen**

zu dem Antrag des Abgeordneten Häfner
und der Fraktion DIE GRÜNEN: **Ände-
rung des Grundgesetzes**

zu dem Antrag der Fraktion der SPD: **Be-
teiligung der Gewerkschaften am Vor-
stand und Verwaltungsrat der Treuhand-
anstalt**

zu dem Antrag der Fraktion der SPD: **Be-
teiligung der Gewerkschaften an der
Kommission zur Überprüfung der Ver-
mögenswerte aller Parteien und mit ih-
nen verbundenen Organisationen, juri-**

Bundesminister Dr. Schäuble

(A) Herr Lafontaine, Sie haben noch auf der Berliner Parteitage-Rede im Dezember 1989 die Einbindung des vereinten Deutschlands in die NATO als historischen Schwachsinn bezeichnet. Nehmen Sie den Satz zurück, oder halten Sie ihn aufrecht?

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP —
Zuruf von der CDU/CSU: Eine gute Frage ist das!)

Für mich, meine Damen und Herren, ist es eine sehr bedenkliche und bedenkenswerte Erfahrung, daß wir genau in dem Zeitpunkt, in dem der Ost-West-Konflikt — Gott sei Dank — endlich zu Ende zu gehen scheint, eine neue Krise am Persischen Golf haben und der Friede auf neue Weise bedroht wird.

Dies zeigt nach meiner Überzeugung, daß wir auch in Zukunft das Notwendige tun müssen, um Frieden und Sicherheit für die uns anvertrauten Bürger, für die wir Verantwortung tragen, zu gewährleisten — dazu brauchen wir auch das Atlantische Bündnis —, daß wir einen größeren Teil unserer wirtschaftlichen, wissenschaftlichen, technologischen Fähigkeiten in die **Bewältigung des Nord-Süd-Konflikts** investieren müssen

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

und daß wir mehr zur Bekämpfung sowohl globaler Umweltprobleme als auch von Hunger, Not und Elend in der Dritten Welt, in Afrika, in Asien, in Lateinamerika, tun müssen.

Daß wir heute durch diesen Prozeß diese Chance und Möglichkeit auf dem Weg zur deutschen Einheit haben, das ist für mich das Faszinierende, gerade für junge Menschen.

(B)

Deswegen, meine Damen und Herren, finde ich wirklich: Wir sollten den Menschen nicht Angst und Sorgen einreden. Nicht über die Probleme hinwegreden und über die Schwierigkeiten hinwegtäuschen, aber gemeinsam dafür werben, daß wir diese Aufgaben gemeinsam meistern, und den Menschen auch sagen, daß Grund zur Freude und Dankbarkeit besteht!

(Beifall bei CDU/CSU und der FDP)

Wenn wir nach 40 Jahren Teilung jetzt die Chance haben, die **Einheit unseres Vaterlandes** in Frieden und in Freiheit zu vollenden, dann ist dies ein **Angebot der Geschichte**, bei dem wir uns unserer Verantwortung würdig zeigen müssen. Wir Deutsche im Westen sollten dabei die Fähigkeit aufbringen, die Ungeduld unserer Landsleute zu ertragen, und sollten auch Verständnis dafür haben, daß sie, auch bei den schwierigen Fragen, von denen ich gesprochen habe, vieles ganz anders sehen als wir. Wir sollten auch dafür werben, zu helfen und zu teilen und nicht Angst zu machen, sondern Zuversicht zu verkünden, für die wir aus unseren Erfahrungen mit der Sozialen Marktwirtschaft begründete Grundlage haben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Den Deutschen in den fünf Ländern, die ab dem 3. Oktober zur Bundesrepublik Deutschland gehören werden, dürfen wir sagen: Überfordert uns nicht mit euren Ansprüchen, werdet nicht ungeduldig, erwartet nicht, daß ab dem 4. Oktober alles so ist wie im Westen, sondern versteht, daß wir alles, was in unserer

Kraft steht, tun, um so schnell wie irgend möglich die Teilung endgültig zu überwinden — schneller, als es Lafontaine für richtig hält; er sagt, es gehe zu schnell —,

(Heiterkeit bei der CDU/CSU)

aber legt auch selbst Hand an, wartet nicht darauf, daß alles irgendein Kollektiv regelt — ihr habt in 40 Jahren erlebt, daß der Staat, der alles will, nichts kann —, und verharrt nicht in der Vergangenheit, sondern gestaltet die Zukunft!

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich weiß, daß so große Veränderungen in so kurzer Zeit, wie sie die Vollendung der Einheit Deutschlands bedeutet, wie wir das beinahe körperlich auch in den parlamentarischen Beratungen erfahren haben, natürlich Anlaß zu Unsicherheit, zu Irritationen in Hülle und Fülle geben. Aber über alle Sorgen, über alle Unsicherheiten, über das Ungewisse, was auf uns alle ein Stück weit zukommt, sollten wir das Gefühl der Freude und das Gefühl der Dankbarkeit nicht verlieren, weil nur aus einem Gefühl der Freude und der Dankbarkeit der Mut zur Zukunft wächst,

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

den wir brauchen, wenn wir die Einheit Deutschlands wirklich vollenden wollen.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Präsidentin Dr. Süßmuth: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Häfner.

Häfner (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Während ich den bisherigen Reden zugehört habe, habe ich mir wieder einmal überlegt — —

(Unruhe)

Präsidentin Dr. Süßmuth: Darf ich einen Augenblick um Unterbrechung bitten. Ich bitte diejenigen, die den Raum verlassen möchten, dies schnell zu tun, damit der Redner in Ruhe fortfahren kann. Ich halte die Redezeit so lange an.

Häfner (GRÜNE): Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bedaure, daß sich die Reihen in der rechten Hälfte des Hauses jetzt so deutlich lichten; denn wer unter Parlamentarismus versteht, daß man nur der eigenen Mannschaft zuhört und zuklatscht und die Debatte scheut, der hat möglicherweise etwas mißverstanden.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD —
Dr. Weng [Gerlingen] [FDP]: Selbstgerechtigkeit!)

Ich habe mir heute morgen wieder einmal überlegt, während ich den Reden zuhörte, wie es wäre, wenn es in diesem Parlament keine GRÜNEN, keine starke Opposition und in der Volkskammer nicht das Bündnis der Grünen und der Bürgerbewegungen gäbe.

(Gerster [Mainz] [CDU/CSU]: Besser! Viel besser! Wunderbar wäre es dann!)

Wir GRÜNEN tragen wieder einmal die **Last der Opposition**.

(C)

(D)

Häfner

(A) Nachdem die SPD noch schnell in den vom Kanzler bereitgestellten Zug eingestiegen ist, wo sie sich im letzten, ziemlich unbequemen Wagen drängeln muß, weil vorne der Kanzler, sein Kabinett und seine Ministerialbürokratie ganze Wagenserien besetzt halten, tragen wir diese Last, jetzt, wo sie schwerer wird, ganz alleine. Dabei ist Opposition jetzt, wo das vereinte Deutschland entsteht und wo um dessen geistige und politische Orientierung gerungen werden muß, dringender denn je; denn es geht um Weichenstellungen, um einen Scheideweg.

Was für ein Deutschland soll das denn werden? Wie können wir dem Vertrauen unserer Nachbarn und der Siegermächte und unserer Verantwortung angesichts der wachsenden ökologischen Katastrophe, des aberwitzigen Potentials an Vernichtungswaffen und der immer weiter auseinandergehenden Schere zwischen Erster und sogenannter Dritter Welt gerecht werden? Hier sind Ideen nötig, und hier ist auch eine offene Debatte nötig.

Von **Ideen** aber ist in dem sogenannten **Einigungsvertrag** zwischen der Bundesrepublik und der DDR auf vielen hundert Textseiten und Anlagen weit und breit nichts zu erblicken. Im Gegenteil: Der Vertrag, eine gigantische Leistung der Bonner Ministerialbürokratie, atmet den konservativen, leicht angesäuerten Geist der Regierung Kohl.

(B) Seit Oskar Lafontaine Helmut Kohl an der Leine der Sozialdemokratie hinterherdackelt und dabei täglich an Profil und an Glanz verliert, sind wir GRÜNEN die einzigen, die diesen Anschlußvertrag ablehnen werden. Das ist kein Nein zur deutschen Einheit, sondern ein Nein zu diesem Verfahren und vor allem zu dem von unserer Regierung ausgehandelten Einheitsvertrag.

Dieser Einheitsvertrag liest sich wie eine Liste verpaßter Chancen; denn die Chancen, am Anfang einer neuen Ära neu zu gestalten, wären groß gewesen. Im Vertrag aber sind Dinge festgeschrieben worden, die der Diskussion in Öffentlichkeit und Parlament und der demokratischen Gestaltung dringend bedurft hätten. Diese Diskussion konnte nie stattfinden.

Es war eine Vereinigung von oben. Es wurde im Bundestag und in der Volkskammer noch nicht einmal richtig diskutiert, weil die Tausende Seiten von Texten, Gesetzen und Anlagen von niemandem hier im Hause, wenn wir ehrlich sind, wirklich geprüft und diskutiert werden konnten. Es war und ist eine Vereinigung der Behörden und der Apparate, aber nicht — noch nicht — der Bürger.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Renger)

Deswegen haben die Beamten, die den Vertrag formuliert haben, auch gleich das **Berufsbeamtentum** festgeschrieben, obwohl es bei uns eine jahrelange Diskussion über die Überwindung des Berufsbeamtentums gibt und uns die EG eine Frist nur noch bis 1992 eingeräumt hat, um den öffentlichen Dienst auch für Nichtdeutsche zugänglich zu machen.

Trennung von Kirche und Staat: Auch hier wurde eine Chance, endlich einmal wirklich liberale Verfassungspolitik zu praktizieren, vertan. Sie wissen, daß es aus meiner Sicht auch im Interesse der Kirchen und der Religionsgemeinschaften liegen müßte, vom Staat

ganz und gar unabhängig zu sein. Statt dessen werden die Einheit von Kirche und Staat und das staatliche Einziehen der Kirchensteuer auf die DDR ausgedehnt. (C)

§ 218: Längst gibt es eine Mehrheit in der Bundesrepublik, insbesondere unter den Frauen, gegen die Strafandrohung. Die Diskussion darüber währt nun bald 20 Jahre. Trotzdem wurde die Chance nicht genutzt, hier einmal Rechtsangleichung umgekehrt zu betreiben, nämlich das in diesem Punkt ausnahmsweise liberalere, modernere, bessere DDR-Recht auf die Bundesrepublik zu übertragen, statt einen solch faulen Formelkompromiß, der mit dem Tatortprinzip zu ungleichem Recht und ungleichen Strafandrohungen im dann geeinten Deutschland führt, zu vereinbaren.

Das gleiche gilt für **§ 175**, der sich ebenfalls längst überlebt hat. Solche Sonderstrafatbestände gegen Homosexuelle gibt es in kaum einem anderen Land Europas noch. Die DDR hat sie abgeschafft. Die Bundesrepublik will daran festhalten, auch zum Preis geteilten Rechtes im vereinten Deutschland.

(Kraus [CDU/CSU]: Das ist das, was die GRÜNEN bei der deutschen Einigung bewegt!)

Der Einigungsvertrag wird zusammen mit dem ersten Staatsvertrag **dramatische wirtschaftliche und soziale Folgen** haben, ohne dafür ausreichende Hilfsprogramme vorzusehen. Er wird vor allem die **Länder** in der dann ehemaligen DDR, obwohl sie vor viel größeren Aufgaben stehen als die Länder in der Bundesrepublik, weil es eine Verwaltung überhaupt erst aufzubauen gilt, finanziell wesentlich schlechterstellen als die Länder der Bundesrepublik. (D)

Der Einigungsvertrag wird die **kommunale Selbstverwaltung**, bevor sie in der DDR überhaupt entstehen kann, aushöhlen, etwa durch den Stromvertrag, der Monopole sichert, wo Dezentralität und eine dezentrale ökologische Energieversorgung in der Hand der Kommunen nötig wären.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Eines der düstersten Kapitel im Zusammenhang mit diesem Einigungsvertrag war für uns die Debatte über die **Stasi-Akten** und die **Stasi-Amnestie**. Es geht dabei um mehr als nur Aktenbestände oder bloßes Papier. Es geht um Menschen, es geht um Geschichte. Es geht um die Möglichkeit und die Forderung der DDR, ihre eigene Geschichte selber aufarbeiten zu können.

Die Bundesregierung hat dabei keine gute Rolle gespielt. Sie war bis zuletzt nicht bereit, die Forderungen der Besetzer, der Bürgerbewegungen und der Volkskammer zu erfüllen. Selbst in der letzten, uns Montag nacht erst präsentierten Fassung des Einigungsvertrages wird gegen alle Forderungen der Ausschüsse, gegen alle Beschlüsse und auch gegen alle Beteuerungen der Bundesregierung der Zugriff der Nachrichtendienste auf dieses Material eröffnet.

(Stratmann-Mertens [GRÜNE]: Mit Zustimmung der SPD!)

— Mit Zustimmung der SPD. — Es handelt sich um intimste Details aus dem Leben von über sechs Millio-

Häfner

(A) nen Bürgern. Diese Akten dürfen nie wieder in die Hände irgendwelcher Geheimdienste gelangen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dies ist die einzige Forderung, die überhaupt vertretbar ist. Die Allianz der Apparate, die auf die Akten scharf ist — übrigens ist die Konstruktion der Strafverfolgung durch Nachrichtendienste etwas völlig Neues, das es in unserer Rechtsordnung bisher nicht gegeben hat —, gegen die Menschen machen wir nicht mit. Ich gehe davon aus, daß das die Bürgerinnen und Bürger draußen und insbesondere auch die Menschen in der DDR sehr wohl verstehen werden.

Nicht Regierungen, Beamte, Politiker oder Parteien haben die erste friedliche und erfolgreiche **Revolution auf deutschem Boden** durchgeführt und damit den Einsturz der Mauer und der totalitären SED-Herrschaft bewirkt. Daß sich Helmut Kohl trotzdem als der Einheitsbringer feiern läßt und am 3. Oktober dazu zur quasi religiösen Überhöhung die Glocken läuten lassen will, während die Bürgerbewegungen, die Träger der Revolution, am Katzentisch Platz nehmen müssen, gehört zu den ungerechten Ironien der Geschichte.

(Beifall bei den GRÜNEN — Voigt [Frankfurt] [SPD]: Können Sie einmal erläutern, was eine gerechte Ironie ist?)

(B) Ich bitte Sie dringend: Halten Sie meinetwegen Ihre unvermeidbaren Feierreden über die deutsche Einheit, über die Gunst der Stunde, über den Mantel der Geschichte, über Verantwortung und Auftrag, Pflicht und Erfüllung; aber lassen Sie den lieben Gott und am liebsten auch Beethoven aus dem Spiel.

Vor allem, machen Sie den **3. Oktober** nicht zum **nationalen Feiertag**. Dieses im Parteiengozänk, Hickhack um vermeintlich bessere Wahlaussichten und in nächtlichen Sondersitzungen zustande gekommene Datum ist wirklich der ungeeigneteste Termin zum Feiern.

Wenn Sie schon feiern wollen, dann feiern Sie lieber den **9. Oktober**, also den Tag, an dem die Menschen schon wußten, daß Panzer, bewaffnete Einheiten und Internierungslager bereitstanden, und an dem trotzdem jeder für sich den Mut hatte, mit der von der Union im Wahlkampf so unerträglich verzerrten Parole „Wir sind das Volk!“ auf den Lippen auf die Straße zu gehen, der Gefahr und dem verhaßten Regime zu trotzen, auch wenn er nicht wissen konnte, wie es ausgehen würde.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Das ist ein Grund zu feiern. Mut und Zivilcourage in einem solchen Ausmaß haben wir in diesem Land noch nicht erlebt.

Feiern Sie nicht sich, Herr Kohl — das wird ohnehin vielen längst zu dicke —, sondern feiern Sie die Menschen, die diese Revolution und damit den Abbruch der Mauer und die Vereinigung beider deutscher Staaten erst ermöglicht haben.

Oder noch besser: Feiern Sie den **Tag der neuen deutschen Verfassung**, den Tag, an dem sich das

deutsche Volk in freier Entscheidung eine neue gemeinsame Verfassung gibt. (C)

(Voigt [Frankfurt] [SPD]: Dann machen wir noch einmal eine Feier!)

— Nein. — Ich mache Ihnen einen Vorschlag: Wir werden die Verfassungsabstimmung auf den 9. Oktober legen und dann Revolution und Verfassung, beides vom Volk getragen und gestaltet, in einem feiern. Das hätte auch den sehr begrüßenswerten Vorteil, daß es so lange keinen Feiertag gibt, bis in Erfüllung des Grundgesetzes und in Vollendung der Revolution das Volk sich selbst eine neue Verfassung gegeben hat. Denn Verfassungsänderungen von oben, wie jetzt mit dem Staatsvertrag durchgeführt, kann man schwerlich feiern.

Sie wissen, daß sich am Wochenende im Weimarer Nationaltheater fast 1 000 Menschen versammelt haben, um eine neue Verfassung für Deutschland zu fordern und vorzubereiten. Ich selbst bin Mitinitiator dieses Kuratoriums. Viele Kolleginnen und Kollegen aus verschiedenen Fraktionen dieses Hauses waren in Weimar mit dabei. Wir werden nicht locker lassen, bis unser Ziel einer neuen vom Volk beschlossenen Verfassung erreicht ist. Wir fordern nichts als das Selbstverständliche.

Sie wissen, das **Grundgesetz** wurde seinerzeit — wie es in der Präambel wörtlich heißt — nur gemacht, „um dem staatlichen Leben für eine Übergangszeit eine neue Ordnung zu geben“. Deshalb nannte man es auch Grundgesetz und nicht Verfassung. Es ist ein Provisorium, allerdings, wie ich meine, ein ziemlich gutes. (D)

Auf die **Ausarbeitung einer endgültigen Verfassung** und eine **Volksabstimmung** darüber, die eine Verfassung überhaupt erst legitimiert, hat man damals verzichtet, da es — so die Präambel — einem Teil der Deutschen versagt geblieben sei, daran mitzuwirken.

Eine endgültige deutsche Verfassung — so die Meinung der Eltern des Grundgesetzes; es waren ja nicht nur Väter; es waren Väter und Mütter — könne es erst geben, wenn alle Deutschen gemeinsam über ihre Verfassung abstimmen könnten. Deshalb schließt die Präambel mit der Aufforderung, die Einheit in Freiheit zu vollenden, und deshalb schließt das Grundgesetz selbst mit dem Auftrag, eine neue Verfassung auszuarbeiten, die vom deutschen Volk — von niemand anderem, nicht von der Regierung und nicht vom Parlament, sondern vom deutschen Volk selbst — in freier Entscheidung beschlossen werden muß.

Dies ist ein Verfassungsauftrag. Wenn Sie am Grundgesetz festhalten, dann sollten Sie auch an diesem Auftrag festhalten und ihn erfüllen und nicht versuchen, ihm aus dem Weg zu gehen.

Die Bundesregierung und die Koalitionsfraktionen haben offenbar Angst vor dem Volk.

(Zuruf von der CDU/CSU: Quatsch!)

Die Bundesregierung wollte den Einigungsvertrag nutzen, um mal eben die **Volkssouveränität** in diesem wichtigsten, in diesem entscheidenden Punkt der Volkssouveränität überhaupt, nämlich was den Gesellschaftsvertrag, die Verfassung, den Vertrag der

Hätner

- (A) Bevölkerung mit sich selbst, auf den überhaupt erst alle staatliche Macht, auch unsere, gegründet ist, angeht, abzuschaffen. Sie wissen, daß nach dem ersten Entwurf des Staatsvertrages Art. 146 des Grundgesetzes gestrichen werden sollte, und Sie wissen auch, daß bis zum Schluß seitens der Bundesregierung die Auffassung vertreten wurde, Art. 146 sei abzuschaffen.

(Voigt [Frankfurt] [SPD]: Das haben wir verhindert!)

- Sie haben es aber nicht ganz verhindert.

(Voigt [Frankfurt] [SPD]: Es ist jetzt noch besser geworden!)

- Darüber wollen wir gerne reden.

(Voigt [Frankfurt] [SPD]: Müssen Sie auch!)

Art. 146 wurde im Staatsvertrag geändert.

Der eigentliche Skandal aber findet sich in der Denkschrift zum Vertrag. Nach Art. 5 des Vertrages könnte man ja noch vermuten, die Ausarbeitung einer neuen Verfassung und die Möglichkeit einer Volksabstimmung hierüber — selbst wenn nur die Möglichkeit angedeutet wird, obwohl nach dem Grundgesetz eine bindende Notwendigkeit besteht —, seien zumindest offengehalten. In der **Denkschrift zum Vertrag** heißt es aber zu Art. 146 — ich zitiere wörtlich aus der Denkschrift; ich verweise auf Seite 359 —:

Der Wortlaut macht deutlich, daß die Arbeiten zur Novellierung von Verfassungsbestimmungen in dem im Grundgesetz verankerten Verfahren erfolgen und den Anforderungen des Artikels 79 des Grundgesetzes uneingeschränkt unterliegen mit der Folge, daß Verfassungsänderungen einer Zweidrittelmehrheit in den gesetzgebenden Körperschaften bedürfen.

- (B) Sie wissen genau, daß dies Wesen und Inhalt des Art. 146 auf den Kopf stellt.

(Dr. Rüttgers [CDU/CSU]: Nein, das ist genau das, was gemeint ist!)

Hier wird ein diesbezüglicher, wie ich meine, untauglicher Versuch gemacht; denn diese Denkschrift kann keinerlei rechtliche Relevanz beanspruchen. Regierungen können nicht in Verträgen über Verfassungsrecht beschließen, wenn darüber noch nicht einmal vom Parlament offen diskutiert und beschlossen werden kann.

(Dr. Rüttgers [CDU/CSU]: Das ist auch die Meinung der Mehrheit des Hauses!)

— Nein. Sie wissen, daß das Grundgesetz a) die Möglichkeit kennt, es nach Art. 79 durch die Organe Bundestag und Bundesrat mit Zweidrittelmehrheit zu ändern, und b) die Möglichkeit vorsieht, mit einfacher Mehrheit und durch Volksabstimmung eine neue Verfassung zu beschließen. Dies ist der Inhalt des Art. 146.

(Dr. Rüttgers [CDU/CSU]: Das haben Sie falsch verstanden!)

Man kann dies nicht einfach so umdrehen, daß man ihn seines eigentlichen Inhalts entkleidet.

Bundestag und Bundesrat werden — das wissen wir ganz genau und Sie ebenfalls — Endstation für we-

sentliche **Verfassungsänderungen** sein. Was es geben wird, ist bestenfalls das Schlimmste, was wir erwarten, nämlich Asylrechtsänderungen oder Bundeswehr out of area, also Änderungen, die den fortschrittlichen Charakter unserer Verfassung aushöhlen und Rückschritte ermöglichen.

(Voigt [Frankfurt] [SPD]: Die einfache Mehrheit soll das verhindern?)

— Nein. Es zeichnet sich aber sehr deutlich ab — ich werde euch beim Wort nehmen —, daß es hier zu Vereinbarungen zwischen denjenigen Fraktionen des Hauses kommt, die gemeinsam eine Zweidrittelmehrheit herstellen können. Aber ich will das offenlassen. Die SPD hat nach außen hin, obwohl sie dieser Bestimmung, die ich für einen antidemokratischen Staatsstreich halte, zugestimmt hat,

(Voigt [Frankfurt] [SPD]: Ach Kinder, übertreibt doch nicht!)

immer deutlich erklärt, daß sie an der Forderung nach einem Verfassungsrat und an der Forderung nach einer Volksabstimmung über die Verfassung — wie auch wir — festhält. Wir werden sie hier beim Wort nehmen.

Wir wollen eine offene Diskussion. Wir wollen einen paritätisch mit Frauen und Männern aus Bund und Ländern besetzten **Verfassungsrat**. Wir wollen Initiativrechte für Bürgerinitiativen und Verbände, die ihrerseits Verfassungsvorschläge oder Vorschläge zu einzelnen Artikeln machen können. Wir wollen am Ende eine Volksabstimmung über die so erarbeitete neue Verfassung auf der Grundlage des Grundgesetzes.

Wir verstehen die Ängste, die hierbei offenbar eine Rolle spielen, nicht. Herr **Benda** z. B. hat in der „Zeit“ geschrieben, es sei zu befürchten, daß dann mit einfacher Mehrheit die demokratische Ordnung der Bundesrepublik zur Disposition gestellt würde.

(Dr. Hornhues [CDU/CSU]: Da hat er recht!)

— Da hat er nicht recht. Sie wissen ganz genau, daß hierfür überhaupt kein Anhaltspunkt und keine Gefahr besteht. Im Gegenteil. Es gibt keine Mehrheit gegen die demokratische Ordnung des Grundgesetzes. Aber es gibt eine Mehrheit in der Bevölkerung dafür, diese demokratische Ordnung weiterzuentwickeln, z. B. was die Macht und das Monopol der politischen Parteien betrifft. Es gibt immer mehr Menschen, die neben politischen Wahlen auch **Sachabstimmungen über politische Fragen**, wollen. Es gibt Umfragen zufolge die Forderung von 70 % bis 80 % der Bevölkerung nach **Volksinitiative, Volkbegehren und Volksentscheid**. Wir GRÜNEN haben hierzu einen Antrag eingebracht. Es gibt die Forderung, das Grundgesetz im Bereich **Ökologie** dringend zu ergänzen. Sie wissen, daß das damals noch kein Thema war, aber heute zur zentralen Frage unseres Überlebens geworden ist. Der Bundestag hat vier Jahre lang über diese Frage debattiert. Herausgekommen ist nichts.

(Dr. Rüttgers [CDU/CSU]: Weil ihr uneinsichtig seid!)

Ich verspreche Ihnen: Das Volk ist hier schneller.

(C)

(D)

Häfner

(A) Wir sprechen vom Frieden. Hier genügt es nicht, nur vom Frieden zu reden, sondern wir brauchen im Grundgesetz, in der Verfassung verbindliche Regelungen, etwa ein Verbot des Transports, des Besitzes und der Lagerung von atomaren, biologischen und chemischen **Waffen** und ein Verbot des Exports von Kriegswaffen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Ich freue mich auf diese Debatte. Ich verstehe, daß Sie Angst davor haben. Denn hier gibt es eindeutige Mehrheiten in der Bevölkerung gegen die Mehrheit hier im Hause.

(Dr. Rüttgers [CDU/CSU]: Vor Ihnen haben wir schon gar keine Angst!)

(B) Die Frage, ob es eine neue Verfassung gibt und das Volk selbst darüber entscheiden kann, wird ein Prüfstein für die ohnehin schon arg geschundene Demokratie in diesem Land werden. Wir wollen nicht weniger, sondern mehr Demokratie nach der Vereinigung. Wir wollen eine **Präambel**, die der besonderen **Verpflichtung und Verantwortung der Deutschen** angesichts des von Deutschen im Nationalsozialismus begangenen Massenmordes und Völkermordes an Juden, Zigeunern, Homosexuellen, Kommunisten, Behinderten usw. Rechnung trägt. Es ist wirklich eines der armseligsten und peinlichsten Kapitel in der Entstehung dieses Einheitsvertrages, daß die Bundesregierung bei der Änderung der Präambel nicht bereit war, eine Formulierung aufzunehmen, die dieser Verpflichtung entspricht. Sie mußte erst vom Zentralrat der Juden daran erinnert werden. Auch dann noch hat die sich bockig gestellt und ist es bis heute geblieben. Das ist ein schlechter Auftakt für den gemeinsamen Staat und ein gefährliches Signal für alle, die die neue Größe und Souveränität Deutschlands mit verständlicher Angst betrachten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es gab in letzter Zeit mehrere solcher Signale, etwa auch die skandalöse gezielte Einreisebeschränkung für sowjetische Juden – was haben Sie sich dabei nur gedacht? – oder die Klage von Herrn Czaja und seinen Freunden. Auch sie war ein solches Signal. Ich bin froh darüber, daß sie einen gegenteiligen Effekt hatte. Ich kann Sie, Herr Czaja, und Ihren Standpunkt nicht begreifen. Wer glaubt, heute noch von den Grenzen von 1937 faseln zu können und an diese Grenzen anknüpfen zu können, der hat nicht verstanden, daß zwischen 1937 und heute – sehr vorsichtig formuliert – Taten und Ereignisse liegen, die jedes auch nur gedankliche Anknüpfen an diese Zeit und ihre Grenzen verbieten. Ich bin froh, daß mit den Verträgen, die jetzt vorliegen, sichergestellt ist, daß die **polnische Westgrenze** von niemandem mehr in Frage gestellt werden kann und daß **Grenzen in Europa** künftig nur noch auf friedlichem Wege verändert werden können. Ich hoffe auch, daß die Grenzen ihre Bedeutung immer mehr verlieren werden.

Aber es bleibt die Frage: Was für ein Deutschland soll es werden? Es soll ein **friedliches Deutschland** werden, dessen **Truppenreduzierung** auf 370 000 Mann die Obergrenze darstellt; die Untergrenze muß

(C) Null sein, und sie muß spätestens bis zum Ende dieses Jahrhunderts erreicht werden.

Wir wollen ein Deutschland, das den freiwerdenden Rüstungsetat nicht für sich, sondern für andere verwendet, für die Bekämpfung des Hungers und der Armut in der Welt, für eine faire Weltwirtschaftsordnung mit angemessenen Rohstoffpreisen, für den Aufbau und die Sanierung der Umwelt, der Wirtschaft und der Infrastruktur in Osteuropa.

Lassen Sie mich zum Schluß noch eines sagen: Wem nach der deutschen Einheit nichts anderes und nichts Besseres als deutsche Einheiten einfällt, der spielt mit dem Feuer und der verspielt dabei alle Chancen, die die weltpolitische Situation uns heute bietet. Unser Beitrag zum Frieden in der Welt kann und muß wahrlich ein anderer sein, als die Bundeswehr in der Welt herumzuschicken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Renger: Das Wort hat der Abgeordnete Mischnick.

Mischnick (FDP): Frau Präsidentin! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Über der heutigen Debatte könnten folgende Sätze stehen – ich zitiere –:

(D) Es naht der Augenblick der Entscheidung über die Einheit Deutschlands. Möge jeder, welcher für des Vaterlands Wohl zu sorgen berufen ist, bedenken, daß er, ungenutzt vorübergegangen, vielleicht nie mehr wiederkehrt. Möge deshalb jede Parteileidenschaft, wie vielfach sie auch von allen Seiten aufgeregt worden ist, schweigen, jede Selbstsucht beseite gestellt werden. Möchten die Volksvertreter mindestens in dem Bewußtsein einig sein, daß sie alle, wenn auch verschiedener Ansichten, nur das Beste erstreben wollen. Dann wird die allwaltende Vorsicht, welche allein die Geschicke der Völker lenkt, denjenigen Beschluß finden lassen, welcher zum Segen des Vaterlandes führt.

Dies notierte vor 141 Jahren, nämlich am 16. März 1849, der Abgeordnete **Robert Walter**, Vertreter des Wahlkreises 30 der Provinz Schlesien in die Denksblätter der Paulskirchenversammlung. Es ist ein für den heutigen Tag meiner Überzeugung nach überaus zeitnahes Dokument deutscher demokratischer Tradition.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Ich will mich bemühen, diesen Grundsätzen in meinem Redebeitrag gerecht zu werden.

Wir schlagen heute ein neues Kapitel deutscher und europäischer Geschichte auf, in dem nach meiner Überzeugung die Anfangsworte stehen müssen: Für Frieden und Freiheit für alle, denn das ist das Motiv, unter das wir unsere Politik immer gestellt haben.

Warum betone ich dies? Das Ziel, die Einheit Deutschlands herzustellen, verbindet man oft mit dem Wort **Wiedervereinigung**. Diesem Begriff unterlegt man ebenso häufig einen restaurativen Sinn. Dieser Interpretation deutscher Politik muß am heutigen Tag der wahre Geist unserer Politik entgegengesetzt werden. Es darf kein Zurück in einen Zustand politischen